



Afghanistan: Update

Die aktuelle Sicherheitslage

Corinne Troxler Gulzar

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 3. September 2012



Angaben zur Autorin: Corinne Troxler Gulzar hat an der Universität Zürich Geschichte, Politikwissenschaft und Völkerrecht studiert. Sie verfügt über langjährige Erfahrung als Hilfswerkvertreterin im Asylverfahren. Im Rahmen eines Praktikums verfasste sie für die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH Themenpapiere, Gutachten und Auskünfte. Vom August 2006 bis April 2008 arbeitete sie als Assistentin am Historischen Seminar der Universität Luzern, wo sie unter anderem auch Veranstaltungen zur Geschichte Afghanistans durchführte. Sie reiste in den letzten Jahren mehrmals nach Afghanistan und nahm unter anderem an zwei *Fact Finding Missions* teil. In eigenständiger Feldforschung ergänzte sie die Eindrücke und setzte sich unter anderem intensiv mit der Lage der Frauen auseinander. Daneben lernte sie an den Universitäten Zürich und Bern sowie in Afghanistan und Iran Persisch und Dari.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

AUTORIN

Corinne Troxler Gulzar

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2012  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Lage	1
3	Sicherheitslage	4
4	Verfassung und Justizsystem.....	12
5	Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile	14
6	Sozioökonomische und medizinische Lage	19
7	Rückkehr	21

1 Einleitung

Nach über zehn Jahren Engagement ist die internationale Staatengemeinschaft mit ihrer Intervention sowie ihren Versprechungen für Demokratisierung und Stabilität auf praktisch allen Ebenen gescheitert: Das Ergebnis der langjährigen Anstrengungen sind eine äusserst instabile Sicherheitslage, eine schlechte Regierungsführung, fehlende Rechtsstaatlichkeit, weitverbreitete Korruption und Klientelismus, ein florierender Drogenhandel, eine nur langsam wachsende Wirtschaft und eine gescheiterte Entwicklungspolitik.¹ Dagegen müssen die Taliban zusehends als landesweite Bewegung betrachtet werden, welche die Unfähigkeit der afghanischen Regierung, der Bevölkerung Grunddienstleistungen zur Verfügung zu stellen sowie Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, nutzt und ihre eigenen Dienstleistungen anbietet.²

Ungeachtet der offensichtlichen Schwäche der afghanischen Regierung und ihrer Institutionen sowie der prekären Lage der stark von regierungsfeindlichen Gruppierungen unterwanderten afghanischen Sicherheitskräfte treibt die internationale Staatengemeinschaft den Truppenabzug als unumkehrbaren Prozess voran. Eine Strategie für die unmittelbar bevorstehende Zukunft des kriegsgeschundenen Landes ist indes nicht ersichtlich. Die afghanische Bevölkerung, insbesondere ethnische Minderheiten und Frauen, sehen dem Jahr 2014 mit grösster Sorge entgegen.³ Dieses Update schliesst an das Update vom August 2011 an. Im Vordergrund steht die Sicherheitslage.

2 Politische Lage

Gemäss Angaben der Weltbank haben sich zahlreiche Indikatoren im Bereich der Regierungsführung, Institutionenbildung, Rechtsstaatlichkeit und politischer Stabilität weiter verschlechtert. Praktisch sämtliche staatlichen Institutionen – dazu gehören neben der Verwaltung auch Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur – sind noch immer zu über 90 Prozent von internationaler Hilfe abhängig. Afghanistan weist damit eine der weltweit höchsten Abhängigkeitsraten auf. Mit dem schrittweisen Abzug der internationalen Truppen und der anhaltenden globalen Finanzkrise wird jedoch spätestens ab 2014 ein starker Rückgang an Hilfsgeldern erwartet. Da sich zudem etwa 97 Prozent der afghanischen Wirtschaft auf die internationalen Militärausgaben beziehen, wird mit einer massiven Depression gerechnet, welche zu weiterer Instabilität und zu einer noch grösseren Verletzlichkeit weiter Bevölkerungsschichten führen wird.⁴

¹ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Consolidated Appeal for Afghanistan 2012, 15. Dezember 2011, S. 1: <http://unocha.org/cap/appeals/consolidated-appeal-afghanistan-2012>; Ahmed Rashid, Pakistan on the brink: The future of Pakistan, Afghanistan and the West, 2012, S. xvii.

² Antonio Giustozzi und Christoph Reuter, Afghanistan Analysts Network (AAN), The Insurgents of the Afghan North, April 2011, S. 2–4, 14: <http://aan-afghanistan.com/uploads/AAN-2011-Northern-Insurgents.pdf>.

³ Barbara J. Stapleton, Afghanistan Analysts Network (AAN), Beating a Retreat: Prospects for the Transition Process in Afghanistan, Mai 2012, S. 1–4, 5–6, 11: <http://aan-afghanistan.com/index.asp?id=2750>; Ahmed Rashid, Pakistan on the brink, 2012, S. xvii, 17–18; The Afghanistan NGO Safety Office (ANSO), ANSO Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 1: www.ngosafety.org/store/files/ANSO%20Q4%202011.pdf.

⁴ Weltbank, Afghanistan in Transition: Looking Beyond 2014 – Volume 1, Mai 2012, S. 1–4, 16: <http://siteresources.worldbank.org/INTAFGHANISTAN/Resources/Vol1Overview8Maypm.pdf>; NZZ,

Weitverbreitete Korruption und mutmasslicher Betrug führten im Juni 2011 nach dem beinahe Bankrott der Kabul-Bank zur vorübergehenden Einfrierung von Hilfszahlungen von rund 70 Millionen US-Dollar durch den internationalen Währungsfonds und damit zur Blockierung von Geldern des *Reconstruction Trust Funds*, welche unter anderem für die Bezahlung von Gehältern von Regierungsangestellten, Soldaten und Polizisten notwendig gewesen wären.⁵

Aufgrund der Schwäche sämtlicher Institutionen der afghanischen Regierung gelang es den Taliban, diese in weiten Gebieten zu verdrängen und weiter an Boden zu gewinnen.⁶ Zudem zeigen immer häufigere und heftigere Demonstrationen gegen die ausländische Präsenz, dass die internationalen Truppen von der afghanischen Bevölkerung zusehends als Besatzung empfunden werden.⁷

Die internationale Staatengemeinschaft sicherte Afghanistan an der **Konferenz in Bonn** im Dezember 2011 zivile Unterstützung bis 2024 zu. Am **Nato-Gipfeltreffen** vom 20./21. Mai 2012 in **Chicago** wurden der schrittweise Abzug der Truppen bis 2014 sowie die Grundzüge des Nachfolgeeinsatzes diskutiert. Die Geberstaaten werden die afghanischen Sicherheitskräfte jährlich mit 3.6 Milliarden US-Dollar unterstützen. An der **Geberkonferenz in Tokio** vom 8. Juli 2012 verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft, für den zivilen Wiederaufbau in den nächsten vier Jahren 16 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Im Gegenzug dazu werden von der afghanischen Regierung deutliche Fortschritte im Bereich der guten Regierungsführung und im Kampf gegen die Korruption sowie transparente Wahlen erwartet.⁸

Neben den Abzugsplänen versuchen vor allem die USA, die **Friedensverhandlungen** mit den Taliban voranzutreiben. Die Ermordung des ehemaligen afghanischen Präsidenten und Vorsitzenden des **Hohen Friedensrates**, Burhanuddin Rabbani, am 20. September 2011 bildete jedoch einen herben Rückschlag.⁹ Im Januar 2012 erklärten sich die Taliban bereit, in Katar ein Verbindungsbüro zu eröffnen sowie mit der afghanischen Regierung und den USA Vorgespräche zu Friedensverhandlungen aufzunehmen. Nach Gesprächen im Februar 2012 brachen die Taliban die Verhandlungen im März 2012 ab. Es ist davon auszugehen, dass die Gespräche inoffiziell

Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe für Kabul, 9. Juli 2012:

www.nzz.ch/aktuell/international/wirtschaftshilfe-in-milliardenhoehe-fuer-afghanistan-1.17332756;
Save the Children, Afghanistan in Transition: Putting children at the heart of development, 2011, S. 13:

www.savethechildren.org.uk/sites/default/files/docs/STC_AFGHANISTAN_REPORT_FINAL_WEB.PDF; OCHA, 15. Dezember 2011, S. 2; Ahmed Rashid, Pakistan on the brink, 2012, S. 92.

⁵ OCHA, 15. Dezember 2011, S. 3; Handelsblatt, IWF friert Hilfszahlungen ein, 17. Juni 2011: www.handelsblatt.com/politik/international/afghanistan-hilfen-iwf-friert-hilfszahlungen-ein/4298746.html; Barbara J. Stapleton, Mai 2012, S. 15.

⁶ Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 13.

⁷ Congressional Research Service (CRS), Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy, 3. Mai 2012, S. 29: www.fas.org/sgp/crs/row/RL30588.pdf.

⁸ Der Spiegel, Nato zittert Afghanistan-Abzug entgegen, 21. Mai 2012: <http://forum.spiegel.de/f22/gipfel-chicago-nato-zittert-afghanistan-abzug-entgegen-61493.html>; Die Zeit, Milliardenhilfe im Gegenzug zu Reformen, 8. Juli 2012; Die Welt, Milliardenhilfe soll Afghanistans Entwicklung in «zweites Somalia» verhindern, 8. Juli 2012: www.welt.de/aktuell/article108125718/Milliardenhilfe-soll-Afghanistans-Entwicklung-in-zweites-Somalia-verhindern.html.

⁹ NZZ, Früherer afghanischer Präsident Rabbani bei Anschlag getötet, 20. September 2011: <http://mobile.nzz.ch/aktuell/international/afghanistan-rabbani-tot-1.12586780>; Stern, Rabbanis Sohn tritt an die Spitze des Friedensrates in Afghanistan, 14. April 2012: www.stern.de/news2/aktuell/rabbanis-sohn-tritt-an-die-spitze-des-friedensrates-in-afghanistan-1813475.html.

weitergeführt werden.¹⁰ Während die internationale Staatengemeinschaft einem Abkommen mit den Taliban immer unkritischer gegenübersteht, sehen breite Teile der afghanischen Bevölkerung, insbesondere ethnische Minderheiten und Frauen, einer Machteinbindung der Taliban aufgrund der gemachten Erfahrungen und deren Wertvorstellungen mit grösster Skepsis entgegen.¹¹

Die **Reintegrations- und Wiederversöhnungsprogramme** kommen nur sehr langsam voran. Gemäss Verteidigungsminister Wardak¹² wurden bis im April 2012 etwa 4000 Kämpfer reintegriert; 1800 weitere befinden sich im Prozess. Diese stammen jedoch mehrheitlich aus dem Norden und Westen des Landes. Anlass zu Bedenken gibt insbesondere das ideologische und religiöse Gedankengut, über welches diese Personen verfügen. Beobachter wollen festgestellt haben, dass wiederintegrierte Kämpfer grobe Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen begangen haben.¹³

Im Mai 2012 unterzeichneten **Deutschland und Afghanistan ein Partnerschaftsabkommen**, welches die Hilfe für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten nach 2014 regelt.¹⁴

Nach rund 20-monatigen Verhandlungen stimmte das afghanische Parlament im Mai 2012 dem **Abkommen mit den USA** zu, welches eine enge militärische und zivile Zusammenarbeit, aber auch ein Verbleib US-amerikanischer Sicherheitskräfte in Afghanistan nach dem offiziellen Abzug der US-Truppen vorsieht.¹⁵ Experten schätzen die Zahl der nach 2014 noch in Afghanistan verbleibenden Soldaten zur Unterstützung und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte auf etwa 20'000. Während einige Experten davon ausgehen, dass diese Zahl zur Verhinderung eines Kollaps der afghanischen Streitkräfte ausreicht, vertreten andere die Ansicht, dass die regierungsfeindlichen Gruppierungen unter diesen Bedingungen vor allem im Süden und Osten des Landes wieder Gewinne erzielen könnten.¹⁶ Kurz vor der G-8-Konferenz in Tokio vom 8. Juli 2012 erklärten die USA Afghanistan zu einem ihrer wenigen wichtigen Verbündeten ausserhalb der Nato.¹⁷

¹⁰ International Crisis Group (ICG), Talking about talks: Towards a political settlement in Afghanistan, Asia Report Nr. 221, 26. März 2012: www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/221-talking-about-talks-toward-a-political-settlement-in-afghanistan; CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 44–47.

¹¹ Barbara J. Stapleton, Afghanistan Analysts Network (AAN), Beating a Retreat: Prospects for the Transition Process in Afghanistan, Mai 2012, S. 11: <http://aan-afghanistan.com/index.asp?id=2750>.

¹² Abdul Rahim Wardak ist am 7. August 2012 nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im Parlament von seinem Amt zurückgetreten. Sein Rücktritt könnte die Abzugspläne der Nato erschweren. NZZ, Verteidigungsminister tritt zurück, 7. August 2012: www.nzz.ch/aktuell/international/afghanischer-verteidigungsminister-tritt-zurueck-1.17446874.

¹³ CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 43–44; ARD Tagesschau, Bezahlte Pause für Taliban-Kämpfer?, 20. Juli 2012: www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-taliban-reintegration108.html.

¹⁴ Die Zeit, Deutschland und Afghanistan vertiefen Partnerschaft, 16. Mai 2012: www.zeit.de/news/2012-05/16/konflikte-deutschland-und-afghanistan-vertiefen-partnerschaft-16151202. Deutschland sichert Afghanistan zudem jährlich 150 Millionen Euro für den Aufbau von Sicherheitskräften zu.

¹⁵ Focus, Afghanistan beschliesst Partnerschaft mit den USA, 26. Mai 2012: www.focus.de/politik/diverses/parlament-in-kabul-billigt-abkommen-afghanistan-beschliesst-partnerschaft-mit-den-usa_aid_758838.html.

¹⁶ CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 26–27. Kritiker ziehen die Möglichkeit in Betracht, dass Al Kaida in Afghanistan wieder einen sicheren Hafen errichten könnte.

¹⁷ Focus, USA erklären Afghanistan zu wichtigem Verbündeten, 7. Juli 2012: www.focus.de/politik/ausland/afghanistan/deutliches-signal-vor-der-konferenz-usa-erklaeren-afghanistan-zu-wichtigem-verbuendeten_aid_778540.html. Weltweit verfügen nur 15 Staaten über

3 Sicherheitslage

Die Gewalteskalation ist 2012 erstmals zurückgegangen. Die Anschläge regierungsfeindlicher Gruppierungen sind im ersten Halbjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent gesunken, die militärischen Aktivitäten der internationalen und afghanischen Streitkräfte um 25 Prozent. Die Konfliktstruktur hat sich jedoch nicht verändert, und beide Seiten befinden sich nach wie vor in einer Patt-Situation.¹⁸

Gemäss *Afghanistan NGO Safety Office (ANSO)* ist die Deeskalation der regierungsfeindlichen Gruppierungen klar als eine taktische Reaktion auf die Deeskalation der internationalen Streitkräfte zu interpretieren und reflektiert keinesfalls einen Verlust an operationeller Fähigkeit. In Anbetracht des bevorstehenden Truppenabzugs setzen die Taliban ihre Kräfte verstärkt zur Gewinnung von «Herzen und Köpfen» ein, um bei der afghanischen Bevölkerung für die Zeit nach dem Abzug über eine möglichst hohe Akzeptanz zu verfügen. Gemäss vertraulichem Bericht der US-Streitkräfte vom Februar 2012 sollen die Sympathien der Taliban in der Bevölkerung zunehmen.¹⁹

Militärische Präsenz und Schlagkraft demonstrierten die regierungsfeindlichen Gruppierungen 2011 und 2012 mit einer Serie spektakulärer, immer komplexer werdender Anschläge auf Regierungsinstitutionen, Militärstützpunkte sowie mit der Ermordung prominenter Persönlichkeiten selbst im gut gesicherten Herzen Kabuls.²⁰ Mit Beginn der **Frühjahrsoffensive Al Faruk 2012** intensivierten die Taliban ihre militärischen Operationen auf den Sommer hin erneut, wie jedes Jahr.²¹

Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung gehen weiterhin von vier Quellen aus:

- von regierungsfeindlich eingestellten, bewaffneten Gruppierungen wie Taliban, *Hezb-e-Islami* von Gulbuddin Hekmatyar²², Haqqani-Netzwerk²³ und anderen²⁴

diesen Status, darunter Israel, Pakistan und Japan. Afghanistan hat dadurch einen leichteren Zugang zu US-Rüstungsgütern.

¹⁸ ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 1–2, 6, 9.

¹⁹ ANSO, ANSO Report 1.–15. Mai 2012, S. 1:

[www.ngosafety.org/store/files/The%20ANSO%20Report%20\(1-15%20May%202012\).pdf](http://www.ngosafety.org/store/files/The%20ANSO%20Report%20(1-15%20May%202012).pdf); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Sympathien für die Taliban nehmen in Afghanistan zu, 1. Februar 2012:

www.faz.net/aktuell/politik/ausland/geheimer-nato-bericht-sympathien-fuer-die-taliban-nehmen-in-afghanistan-zu-11633795.html; Financial Times Deutschland, Die Taliban profitieren von der Korruption, 2. Februar 2012: www.ftd.de/politik/international/afghanistan-die-taliban-profitieren-von-der-korruption/60162890.html.

²⁰ OCHA, 15. Dezember 2011, S. 2; CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 23; NZZ, US-Botschaft in Kabul unter Feuer, 14. September 2011:

http://mobile.nzz.ch/politik/international/taliban-angriff_in_kabul_niedergeschlagen_1.12486178.html; Tages-Anzeiger, Taliban-Terror wegen «unislamischen Gästen», 22. Juni 2012: www.tagesanzeiger.ch/ausland/asien-und-ozeanien/TalibanTerror-wegen-unislamischen-Gaesten/story/20527784.

²¹ Der Spiegel, Karzai wirft Nato-Geheimdiensten Versagen vor, 16. April 2012:

www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,827836,00.html; Süddeutsche Zeitung, Sicherheitskräfte melden Ende der Angriffsserie in Kabul, 16. April 2012: www.sueddeutsche.de/politik/kaempfe-in-afghanistan-sicherheitskraefte-melden-ende-der-angriffsserie-in-kabul-1.1333384.

²² Hekmatyars Hezb-e Islami ist in den Provinzen Kunar, Nuristan, Kapisa und Nangarhar sowie im Osten Kabuls aktiv. Im Norden Afghanistans ist sie hauptsächlich noch in Badakhshan tätig. Im Januar 2010 legte Hekmatyar klare Bedingungen für eine Versöhnung mit Karzai dar. Die Taliban misstrauen der Bewegung wegen ihrer Kontakte zur Regierung. Das CRS schätzt die Kämpfer der Hezb-e Islami auf etwa 1000. CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 15; Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 3 und 22.

²³ Das Haqqani-Netzwerk gilt als die grösste Bedrohung für die Sicherheit in Afghanistan. Es hat engere Kontakte zu Al Kaida als die Taliban und unterhält enge Beziehungen zum pakistanischen

- von regionalen Kriegsherren und Kommandierenden der Milizen
- von kriminellen Gruppierungen
- von Reaktionen der afghanischen und ausländischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen regierungsfeindliche Gruppierungen, insbesondere Bombardierungen.

Gemäss Angaben der *United Nations Assistance Mission (UNAMA)* erreichte die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung 2011 mit 3021 getöteten ZivilistInnen einen neuen Höchststand. Gut drei Viertel davon wurden von regierungsfeindlichen Gruppierungen getötet. Trotz der tieferen Zahl von Luftangriffen haben diese zu einem leichten Anstieg der zivilen Opfer geführt. Insbesondere in der zweiten Hälfte 2011 wurden aufgrund der Ausweitung der Kämpfe signifikant mehr Opfer in den südöstlichen, östlichen und nördlichen Provinzen des Landes verzeichnet.²⁵ In den ersten sechs Monaten 2012 war die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung erstmals seit fünf Jahren rückläufig, mit 1145 Todesopfern jedoch nach wie vor enorm hoch. Aufgrund der geografischen Ausweitung der Kampfhandlungen haben Tausende von AfghanInnen in den letzten zehn Jahren ihren Besitz und damit ihre Lebensgrundlage verloren und wurden zu intern Vertriebenen. Immer weitere Teile der Bevölkerung verfügen über keinen oder nur einen beschränkten Zugang zu Trinkwasser, Lebensmitteln sowie zu Gesundheits-, Bildungs- oder Justizeinrichtungen.²⁶

Die im Juli 2011 begonnene **Übergabe der Verantwortung für die Sicherheitslage an die afghanischen Sicherheitskräfte** erfolgt in fünf Etappen und soll bereits Mitte 2013 beendet sein. Im April 2012 konnte die zweite Phase abgeschlossen werden: 17 der 34 Provinzen liegen nun im Verantwortungsbereich der afghanischen Sicherheitskräfte. Im Mai 2012 begann die dritte Phase, welche unter anderem die Provinzen Kapisa, Uruzgan und Parwan umfassen soll. Damit werden die afghanischen Sicherheitskräfte in Kürze die Verantwortung über 75 Prozent der Bevölkerung übernehmen.²⁷ Gemäss ANSO umfassen die bereits übergebenen Gebiete je-

Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI). Es operiert hauptsächlich von Pakistan aus, wo es in Nord-Waziristan von der pakistanischen Regierung geduldet und geschützt wird. Das Netzwerk soll etwa 3000 aktive Kämpfer umfassen und immer öfter Anschläge auf Schlüsseleinrichtungen in Kabul und in anderen Gebieten durchführen. Es gilt als am wenigsten zugänglich für ein politisches Abkommen mit der afghanischen Regierung. Die Nato versucht, das Haqqani-Netzwerk vermehrt in Pakistan mit gezielten Drohneneinsätzen zu bekämpfen. CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 15–16; Der Spiegel, Zehn Menschen sterben bei Beschuss durch US-Drohne, 24. Mai 2012: www.spiegel.de/politik/ausland/us-drohne-toetet-zehn-menschen-in-pakistan-a-834859.html. Siehe auch: Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 20; Ahmed Rashid, Pakistan on the brink, 2012, S. 52.

²⁴ Die pakistanische Gruppierung Lashkar-e Tayyiba ist eine militante islamistische Gruppierung, die ursprünglich auf Operationen gegen Indien zur Erlangung der Kontrolle über Kashmir konzentriert war, zusehends aber auch in Afghanistan tätig ist. CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 17. Im Nordosten Afghanistans versucht das mit den Taliban verlinkte Islamic Movement of Uzbekistan (IMU), Zentralasien zu infiltrieren. Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 3, 16, 20–21.

²⁵ UNAMA, Afghanistan: Annual Report 2011 – Protection of Civilians in Armed Conflict, Februar 2012, S. 1–2, 19, 24: www.unhcr.org/refworld/docid/4f2fa7572.html.

²⁶ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 7; UNAMA, Afghanistan Mid-year Report on Protection of Civilians in Armed Conflict: 2012, Juli 2012, S. 1: www.ohchr.org/Documents/Countries/AF/UNAMAMidYearReport2012.pdf.

²⁷ Die zweite Phase umfasste: die Provinzen Balkh, Dai Kundi, Takhar, Samangan, Nimruz und Kabul (Distrikt Sarobi); die wichtigen Städte Jalalabad (Hauptstadt der Provinz Nangarhar); Gachcharan (Hauptstadt von Ghor); Shebergan (Hauptstadt von Jowzjan); Faizabad (Hauptstadt von Badakhshan); Maidan Shahr (Hauptstadt von Wardak); Qali Nau (Hauptstadt von Badghis); die Distrikte anderer Provinzen, darunter Naua, Nad Ali und Marja (Provinz Helmand); sechs Distrikte von Badakhshan; Abkamari (Provinz Badghis), alle Distrikte der Provinz Herat (ausser Shindand); drei Distrikte von Laghman; drei Distrikte von Nangarhar; alle Distrikte von Parwan (ausser Shiwari und Siahgherd); alle Distrikte von Sar-e Pol (ausser Sayyad) und Teile von Behsud-Stadt und Jalrez (Provinz Wardak). CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 24–25; Focus, Karsai kündigt dritte Phase der Verantwortungsübergabe an, 13. Mai 2012: www.focus.de/politik/weitere-

doch nur am Rande Konfliktgebiete – mit Ausnahme von Teilen von Helmand und Ghazni. In den Hauptstädten der Provinzen Ghazni und Lagham haben regierungsfeindliche Gruppierungen weiterhin freien Zugang.²⁸ Experten sind der Ansicht, dass die afghanischen Sicherheitskräfte noch weit davon entfernt sind, die volle Verantwortung übernehmen zu können.²⁹

Gleichzeitig begann der erste signifikante **Truppenabzug**, welcher für die internationalen Truppen aus Sicherheits- und Finanzgründen eine enorme Herausforderung darstellen wird.³⁰ Für den Abzug der Unmengen an Kriegsmaterial bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Der Weg über Pakistan (Hafen von Karachi) oder die Transitroute über Usbekistan, Kasachstan/Kirgistan und Russland. Beides wird die internationale Staatengemeinschaft teuer zu stehen kommen, da die Transitstaaten hohe Durchfuhrgebühren verlangen werden. Gemäss Sicherheits- und Afghanistan-Experte Albert A. Stahel muss die Nato zudem mit den Taliban verhandeln, will sie ständige Übergriffe seitens regierungsfeindlicher Gruppierungen vermeiden.³¹

Taliban. Gemäss Taliban-Experte Ahmed Rashid sind die Taliban inzwischen als landesweite Bewegung zu betrachten.³² Die Taliban rekrutieren gezielt über die ethnischen Grenzen hinaus und setzen im Norden des Landes auch Tadschiken und Usbeken als lokale Kommandeure und Schattengouverneure ein. Laut Antonio Giustozzi und Thomas Reuter reklamieren die Taliban mit der systematischen Einrichtung parallelstaatlicher Strukturen in immer weiter nördlich gelegenen Gebieten den Anspruch, als legitime Regierung Afghanistans betrachtet zu werden, welche auch fähig ist, Steuern einzuziehen und Dienstleistungen zu erbringen. Damit wird immer klarer, dass die Taliban die afghanische Regierung nicht nur bekämpfen, sondern deren Macht übernehmen wollen.³³

Die regierungsähnlichen Strukturen in den von den Taliban kontrollierten Gebieten sind relativ gut etabliert. Meist haben die Taliban einen Schattengouverneur eingesetzt. In einigen Fällen besteht ihre Administration aus mehreren «Beamten». In den wichtigeren Gebieten werden verschiedene Kommissionen gebildet, zum Beispiel für Justiz, Besteuerung, Gesundheit oder Bildung. Da gerade Sicherheit und Justiz von der Bevölkerung sehr gefragt werden, die Regierung diese aber nicht bieten kann, füllen die Taliban eine wichtige Lücke. Den Taliban ist es zudem gelungen, die Probleme mehrerer Bevölkerungssektoren aufzunehmen und selbst einige Kriegsherren zu kooptieren, die zu ihren erbitterten Feinden zählten.³⁴

meldungen/afghanische-truppen-uebernehmen-kontrolle-in-weiteren-provinzen-karsai-kuendigt-dritte-phase-der-verantwortungsuebergabe-an-_aid_752111.html.

²⁸ ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 1, 11.

²⁹ Landinfo, 9. September 2011, S. 5.

³⁰ CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 24; Weltbank, Country Overview 2012, Mai 2012: www.worldbank.org.af/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/SOUTHASIAEXT/AFGHANISTANEXTN/0,,contentMDK:20154015~menuPK:305992~pagePK:141137~piPK:141127~theSitePK:305985,00.html.

³¹ Focus, Afghanistan-Abzug: «Ohne Deal mit den Taliban geht es nicht», 23. Mai 2012: www.focus.de/politik/ausland/afghanistan/tid-25895/truppenrueckzug-aus-afghanistan-afghanistan-abzug-ohne-deal-mit-den-taliban-geht-es-nicht_aid_756443.html; RP Online, Kosten in Milliardenhöhe: Abzug aus Afghanistan – Teuer und gefährlich, 14. Mai 2012: www.rp-online.de/politik/deutschland/abzug-aus-afghanistan-teuer-und-gefaehrlich-1.2829017. Waffen, welche keinesfalls in die Hände regierungsfeindlicher Gruppierungen fallen dürfen, müssen aus Afghanistan ausgeflogen werden.

³² Ahmed Rashid, Pakistan on the brink, 2012, S. xvii.

³³ Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 2–4.

³⁴ Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 2–4, 18–20. Siehe auch: Thomas Ruttig, Elastisch und stabil: Organisationsstrukturen und Ideologie der afghanischen Taliban, in: Conrad Schetter/Jörgen Klusmann (Hrsg.), Der Taliban-Komplex, 2011, S. 31–55.

Die an zahlreichen Orten gleichzeitig gestartete Frühjahrsoffensive setzt eine enorme logistische Leistung voraus. Zudem sind die organisatorischen Fähigkeiten der Taliban beachtlich: Obwohl die Taliban seit 2007 hohe Verlustzahlen zu verzeichnen haben, bleibt ihr Kampfwille ungebrochen. Noch immer haben die Taliban keinerlei Probleme, junge Männer zu rekrutieren. Die Opferbereitschaft und der Mut der Kämpfer lassen darauf schliessen, dass wirtschaftliche Gründe für den Anschluss an die Taliban für einen Grossteil der Kämpfer nicht im Vordergrund stehen.³⁵

Neben der finanziellen Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst, *Inter-Services Intelligence (ISI)*, bildet die Besteuerung des Drogenanbaus und -handels eine solide Finanzierungsquelle der Taliban. Mit der geografischen Ausbreitung gelang es den Taliban zudem, die Besteuerung von Firmen, Bauern, Hilfs- und privaten Sicherheitsorganisationen sowie von Reisenden auf weitere Gebiete auszudehnen. Die Eintreibung des *Ushr* (der «Zehnte» der Ernte oder des Einkommens) dient nicht nur der Finanzierung, sondern auch dem Zweck, sich durch die Ausübung staatlicher Funktionen «Legitimität» als zukünftige Herrscher zu verschaffen.³⁶

Die meisten zivilen Opfer forderte weiterhin der Einsatz von Sprengsätzen. Selbstmordattentate wurden komplexer und umfassten oft mehrere Selbstmordattentäter. 2011 wurden landesweit 495 Personen gezielt umgebracht. Mit Anschlägen an öffentlichen Plätzen, wie Moscheen oder Märkten, wurden äusserst viele zivile Opfer in Kauf genommen.³⁷ Daneben gehörten die Errichtung illegaler Strassensperren, das Abschalten von Mobilfunknetzen und Drohbriebe (*Shabnamehs*) zu den praktizierten Methoden zur Einschüchterung der Bevölkerung. Die Taliban haben 2011 zwar in öffentlichen Stellungnahmen den Schutz der Zivilbevölkerung betont. In ihren Handlungen haben sich diese Vorsätze allerdings nicht niedergeschlagen.³⁸

Al Kaida. Gemäss Angaben der afghanischen Sicherheitskräfte soll es in Gebieten unter Taliban-Kontrolle weiterhin Al-Kaida-Kämpfer geben.³⁹ Die Tötung des Al-Kaida-Vizechefs durch die ISAF in der ostafghanischen Provinz Kunar im Mai 2012 ist ein Indiz für die weitere Präsenz des Terrornetzwerks in Afghanistan.⁴⁰

Afghanische Sicherheitskräfte. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind sichtbarer geworden. Die Afghanische Nationale Armee (ANA) weist jedoch noch immer eine Desertationsrate von mindestens 20 Prozent auf. Viele Angehörige der ANA glänzen zudem durch lange Abwesenheiten. Nach wie vor sind etwa 90 Prozent der afghanischen Sicherheitskräfte Analphabeten. Gemäss Ahmed Rashid hat der rasante Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte zudem dazu geführt, dass die ursprüngliche Balance der ethnischen Zusammensetzung zugunsten der Minderheiten über Bord geworfen wurde. 2010 sollen tadschikische Offiziere bereits 70 Prozent der Einheiten

³⁵ Giustozzi/Ibrahimi, AREU, Thirty years of conflict, Januar 2012, S. 50, 54–56, 64; Der Spiegel, Karzai wirft Nato-Geheimdiensten Versagen vor, 16. April 2012: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,827836,00.html.

³⁶ Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 2, 39–40, 61–63; Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 14 und 19, Thomas Ruttig, Elastisch und stabil, 2011, S. 49.

³⁷ Amnesty International, Annual Report 2012 – Afghanistan, 24. Mai 2012: www.unhcr.org/refworld/country,,AMNESTY,,AFG,,4fbc395611,0.html.

³⁸ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 3–4, 10–21; Amnesty International, Fleeing War, Finding Misery, 2012, S. 23.

³⁹ Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 22.

⁴⁰ Tages-Anzeiger, Isaf meldet Tötung von Al-Qaida-Vizechef, 29. Mai 2012: www.tagesanzeiger.ch/ausland/nahe-osten-und-afrika/Isaf-meldet-Toetung-von-AlQaidaVizechef/story/30088017.

ten angeführt haben. In der Afghanischen Nationalen Polizei (ANP) ist Drogenkonsum weiterhin verbreitet. Angehörige der ANP sind zudem oft in lokale parteipolitische oder ethnische Konflikte verwickelt. Obwohl die USA die ANP sukzessive mit schweren Waffen und landesweit mit etwa 5000 gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet haben, fehlt es den meisten ANP-Einheiten dennoch an Munition und Fahrzeugen. Zur Sorge Anlass geben auch die Loyalität und Ideologien der afghanischen Sicherheitskräfte. 2011 und vermehrt 2012 kam es zu zahlreichen Attentaten aus den Reihen der afghanischen Sicherheitskräfte gegen «Kollegen» sowie ausländische Soldaten, was das Vertrauensverhältnis zwischen afghanischen und internationalen Sicherheitskräften inzwischen stark angeschlagen hat.⁴¹

Die afghanischen Sicherheitskräfte umfassten Ende März 2012 bereits 345'000 Personen, sollen jedoch gemäss Vorgaben der Nato bis Ende November 2012 auf 352'000 aufgestockt werden. Paradoxerweise sollen diese mühsam rekrutierten und ausgebildeten Sicherheitskräfte bis 2017 wieder auf einen Bestand von 230'000 Personen reduziert werden. Grund für den Abbau sind die hohen Kosten. Abgesehen davon, dass die Sicherheitslage bereits mit dem aktuellen Bestand äusserst prekär ist, verlieren dadurch über 120'000 junge Männer ihre Arbeitsstelle und damit ihr Einkommen, ohne dass ihnen eine Perspektive geboten würde. Ein Anschluss an regierungsfeindliche Gruppierungen dürfte relativ naheliegen.⁴²

Die UNAMA hat in Bezug auf die Übergabe der Sicherheitsverantwortung ein Auge auf das Verhalten der afghanischen Sicherheitskräfte geworfen: Zwischen Juli und August 2011 dokumentierte sie 41 zivile Opfer und 133 Verletzte aufgrund von Operationen der afghanischen Sicherheitskräfte, was im Vergleich zur selben Periode im Vorjahr ein Anstieg von 192 Prozent bei Todesopfern und bei Verletzten um 55 Prozent darstellt.⁴³

Ausländische Sicherheitskräfte. Der Fokus der ausländischen Sicherheitskräfte liegt auf der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte, auf dem schrittweisen Truppenabzug sowie auf der Organisation der Rückführung des Kriegsmaterials. Aufgrund des starken innenpolitischen Drucks haben einige Staaten bereits mit dem teilweisen Abzug begonnen. Andere wollen bis Ende 2012 kleinere oder grössere Bestände aus Afghanistan abziehen. Am 10. Mai 2012 befanden sich 129'469 ausländische Armeeangehörige in Afghanistan.⁴⁴

⁴¹ CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 31, 34, 36; Ahmed Rashid, Pakistan on the brink, 2012, S. 87; ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni, S. 10; Schweizer Fernsehen, Taliban haben afghanische Sicherheitskräfte unterwandert, 17. August 2012: www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/08/17/International/Taliban-haben-afghanische-Sicherheitskraefte-unterwandert?WT.zugang=front_mel. Bis Mitte August wurden im Jahr 2012 bei 29 Anschlägen 37 ausländische Soldaten getötet.

⁴² CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 32. Ein Bestand von 352'000 würde rund 6 Milliarden US-Dollar kosten, während die Kosten für einen Bestand von 230'000 auf 4 Milliarden US-Dollar geschätzt werden. Die ANSF werden gegenwärtig fast ausschliesslich von internationalen Gebern finanziert.

⁴³ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 28.

⁴⁴ CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 340–41; ISAF, Troop numbers and contributions: www.isaf.nato.int/troop-numbers-and-contributions/index.php. Die Niederlande und Kanada haben die Kampfhandlungen bereits eingestellt; Grossbritannien will bis Ende 2012 900 Soldaten abziehen; Italien und Deutschland wollen ihre Streitkräfte bereits vor 2014 verkleinern; Dänemark will bis Ende 2012 120 Soldaten abziehen; Belgien plant den Abzug von 300 Soldaten vom Kabul International Airport; Australien will seine Mission bereits vor 2014 beenden.

Die Zahl der nächtlichen Razzien ging 2011 um 22 Prozent zurück. Die Zahl der zivilen Opfer der von den afghanischen Streitkräften zwischen Juli und Dezember 2011 durchgeführten nächtlichen Razzien stieg jedoch im Vergleich zur selben Periode 2010 um 192 Prozent an. Gemäss ISAF sind die nächtlichen Razzien taktisch äusserst erfolgreich, führen jedoch in der Bevölkerung zu starken Ressentiments.⁴⁵

Gemäss UNAMA wurden zwischen März 2010 und August 2011 1325 Personen wegen ziviler Opfer bei Operationen verurteilt. UNAMA stufte die Untersuchungs- und Entschädigungsmechanismen in Bezug auf zivile Opfer und Zerstörungen von Besitz nach wie vor als ungenügend ein. Die uneinheitlichen Entschädigungsmechanismen sowie mangelhafte Informationen zum Prozedere haben bei der afghanischen Bevölkerung zu Frustration und Wut geführt.⁴⁶

Lokale Kriegsherren und Milizen. Gemäss Antonio Giustozzi hat die Bedeutung der lokalen Kriegsherren und deren Milizen mit der Ausbreitung des Krieges in zahlreichen Provinzen im Westen, Norden und Osten des Landes zugenommen. Um der Bedrohung regierungsfeindlicher Gruppierungen entgegenzutreten, haben Kriegsherren seit 2009/2010 – nicht selten in Übereinstimmung mit der afghanischen Regierung und den internationalen Sicherheitskräften – ehemals deaktivierte Milizen wieder mobilisiert. Gerade in Kunduz waren sowohl die afghanischen als auch die internationalen Sicherheitskräfte ohne Hilfe der Milizen nicht in der Lage, das Vorrücken der regierungsfeindlichen Gruppierungen zu verhindern. Nur ein kleiner Teil der Milizen ist jedoch an die Regierung angebunden, was zur Verschlechterung der Sicherheitslage beiträgt. Die Bildung neuer milizähnlicher Gruppierungen sowie die Reaktivierung bereits bestehender Milizen sind äusserst umstritten.⁴⁷

Auch das im August 2010 auf Druck der USA gestartete Programm der *Afghan Local Police (ALP)* ist auf heftige Kritik gestossen. Gemäss UNAMA soll sich in den Einsatzgebieten der ALP die Sicherheitslage verbessert haben.⁴⁸ Für ANSO blieb jedoch unklar, ob die ALP nur für die Reduktion der Angriffe in den beiden Provinzen Baghlan und Takhar oder auch für den Anstieg der Kriminalität (+37 Prozent) verantwortlich war.⁴⁹ *Human Rights Watch* dokumentierte in einer Studie vom September 2011 zahlreiche Fälle inadäquater Einflussnahme lokaler Machthaber bei der Rekrutierung: die Rekrutierung ehemaliger Angehöriger illegaler bewaffneter Gruppierungen, erzwungene Rekrutierungen auch von Kindern, illegale Steuereintreibungen, Vergewaltigungen, Anwendung von Gewalt, Einschüchterungen sowie Vertreibungen und Ermordungen durch Angehörige der ALP. Eine US-Militäruntersuchung hat die meisten Vorwürfe von *Human Rights Watch* bestätigt. *Human Rights Watch* kritisiert zudem die Inkaufnahme hoher Langzeitrisiken für kurzfristige Verbesserungen.⁵⁰

⁴⁵ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 4, 22, 25–26, 29–30.

⁴⁶ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 26–28, 30.

⁴⁷ Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 30, 36–38, 56–57; Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 26–27; Human Rights Watch, «Just Don't Call It a Militia» – Impunity, Militias, and the «Afghan Local Police», September 2011, S. 1–3, 8, 10, 27–40: www.hrw.org/sites/default/files/reports/afghanistan0911webwcover.pdf.

⁴⁸ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 6.

⁴⁹ ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 11.

⁵⁰ Human Rights Watch, Just Don't Call It a Militia, September 2011; UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 3, 6–7, 31–36; AIHRC, From Arbaki to Local Police, 2012: [www.aihrc.org.af/media/files/Reports/Research/English/Report%20on%20Afghan%20Local%20Police%20\(Final%20Draft%2C%20English\).pdf](http://www.aihrc.org.af/media/files/Reports/Research/English/Report%20on%20Afghan%20Local%20Police%20(Final%20Draft%2C%20English).pdf); CRS, Post-Taliban Governance, 3. Mai 2012, S. 37.

Sicherheit und Drogenhandel. Gemäss *UN Office on Drugs and Crime* sind zwischen 2010 und 2011 die Preise für Opium um 43 Prozent gestiegen, was zu einem Anstieg der Opiumproduktion um 133 Prozent führte. Die Zahl der opiumanbauenden Provinzen hat sich von 14 auf 17 erhöht, wohingegen die Zahl der opiumfreien Provinzen von 20 auf 17 sank (Kapisa im Osten und Baghlan und Faryab im Norden des Landes). Die Einnahmen aus dem Export von Opium werden von der Organisation auf 2.4 Milliarden US-Dollar geschätzt, was 15 Prozent des BIP Afghanistans entspricht. Neben zahlreiche Regierungsbeamten und Kriegsherren füllen auch die regierungsfeindlichen Gruppierungen ihre Kassen mit Geld aus dem Drogenhandel. Der Drogenhandel hat daher wesentlich zur Destabilisierung des Landes beigetragen.⁵¹

Zu sicherheitsrelevanten Vorfällen kam es 2011 in über 80 Prozent des Landes. Die Konzentration der Angriffe regierungsfeindlicher Gruppierungen verlagerte sich vom Norden nach Osten. ANSO stellte zudem eine beängstigende Zunahme krimineller bewaffneter Überfälle fest.⁵² Im Dezember 2011 hatten UNO-Organisationen weiterhin zu nur etwa der Hälfte des Landes Zutritt.⁵³

Osten und Süden. Inzwischen finden im Osten des Landes praktisch gleich viele Anschläge statt wie im Süden.⁵⁴ Die höchste Zahl ziviler Opfer wurde weiterhin in den Provinzen Kandahar und Helmand verzeichnet. In den südöstlichen Provinzen Khost, Paktika und Ghazni sowie den östlichen Provinzen Kunar und Nangarhar stiegen die zivilen Opfer jedoch deutlich an (+34 Prozent). Einen rasanten Anstieg erfuhren gezielte Tötungen in den südöstlichen und östlichen Provinzen (+114 und +107 Prozent).⁵⁵ Im Süden und Osten finden die meisten extra-legalen Hinrichtungen statt. In den östlichen Provinzen Kunar, Nangarhar und Nuristan wurden zudem hunderte Familien durch Bombardierungen der pakistanischen Armee im Rahmen der Widerstandsbekämpfung vertrieben.⁵⁶

Norden. Seit Mitte 2010 ist es den internationalen Truppen mit Hilfe verschiedener Milizen gelungen, die Taliban in Kunduz und Baghlan zu schwächen. Gleichzeitig sind sie jedoch darin gescheitert, die afghanische Regierung in diesem Gebiet zu stärken, sodass die Gebiete nicht unter Regierungskontrolle gebracht werden konnten. Auch wenn die Taliban im Norden einige Rückschläge zu verzeichnen hatten, ist davon auszugehen, dass sie weiterhin eine gewisse Kontrolle über Gemeinden innehaben und sich durch Rückschläge und Verluste nicht lähmen lassen.⁵⁷ Dagegen tragen Milizen und milizähnliche Gruppierungen teilweise massiv zur unsicheren Lage der Bevölkerung bei. In Baghlan sind Anschläge stark zurückgegangen.⁵⁸

⁵¹ UN Office on Drugs and Crime, Afghanistan Opium Survey 2011, Dezember 2011, S. 3–6: www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_opium_survey_2011_web.pdf; Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 39–40.

⁵² ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 4–6.

⁵³ UNHCR, Global Appeal 2012–2013 – Afghanistan, S. 172; OCHA, 15. Dezember 2011, S. 4; IDMC, Durable solutions, 16. April 2012, S. 8.

⁵⁴ NZZ, Selbstmordanschläge im Westen und Süden des Landes, 10. April 2012: www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/selbstmordanschlaege-afghanistan_1.16369487.html; ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 1.

⁵⁵ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 5, 19, 24.

⁵⁶ Landinfo, 9. September 2011, S. 9; UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 5–6, 31; ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 4, 10.

⁵⁷ Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 3, 4, 29–30, 32, 33–34.

⁵⁸ ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 4.

Westen. Der Westen bildet die «Hauptausweichregion» für regierungsfeindliche Gruppierungen aus dem Süden und Osten des Landes. Die gezielten Ermordungen durch regierungsfeindliche Gruppierungen haben 2011 im Westen des Landes drastisch zugenommen (+255 Prozent) und betrafen vor allem Mitarbeitende von NGOs, lokale Stammesälteste, Angehörige privater Sicherheitsfirmen und Rekruten der ANP. Die UNAMA verzeichnete in der zweiten Hälfte 2011 im Westen zudem eine Zunahme von illegalen Exekutionen nach vorangegangenen parallelstaatlichen Justizurteilen.⁵⁹ 2012 nahmen Anschläge in den westlichen Provinzen Farah und Ghor weiter zu.⁶⁰

Kabul und Zentrum. Im Zentrum des Landes war zwischen Juli und Dezember 2011 ein rasanter Anstieg ziviler Opfer (+80 Prozent) zu verzeichnen. Insbesondere in Kabul führten sechs Selbstmordattentate zu zahlreichen Opfern in der Zivilbevölkerung.⁶¹ Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen waren auch weiterhin in der Lage, selbst in den gut gesicherten Teilen der Hauptstadt äusserst kühne Operationen durchzuführen. So führten die Taliban im April 2012 zeitgleich koordinierte Anschläge an sieben Orten in der Hauptstadt, darunter das gut gesicherte Diplomatenviertel, Regierungsgebäude und Militärstützpunkte, durch. Ausserdem ist das Ausmass der Kriminalität in Kabul besorgniserregend.⁶²

Regionalmächte. Mit Blick auf den Abzug 2014 versuchen die Nato-Staaten verstärkt, die Nachbarstaaten Afghanistans in ihre Bemühungen um eine Stabilisierung Afghanistans einzubinden. Ein Zerfall Afghanistans steht den Interessen der Region zwar entgegen (Ausbreitung extremistische Netzwerke, Flüchtlingsströme, Drogenhandel). Aus machtpolitischen Gründen gibt es unter den Nachbarstaaten jedoch kaum Kooperationsansätze.⁶³ Zudem sind auch die bilateralen Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan sowie den USA und Pakistan und Iran auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt.⁶⁴

Aussicht. Die Nato-Staaten halten verbissen am Abzugstermin fest und blenden die Gegebenheiten vor Ort gänzlich aus. Die korrupte und auf Klientelismus beruhende Regierung, die schwachen, von Hilfsgeldern abhängigen Institutionen sowie die von regierungsfeindlichen Gruppierungen unterwanderten Sicherheitskräfte werden auch 2014 kaum in der Lage sein, das durch den Abzug entstehende Machtvakuum zu füllen. Auch das Szenario einer Versöhnung und damit eines Endes des Konflikts scheint mit der Ermordung Rabbanis, der Aussetzung der Friedensverhandlungen sowie des immer radikaleren Nachwuchses der regierungsfeindlichen Gruppierungen in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich. Die äusserst fragile Lage könnte rasch zur Desintegration sowohl des Staates als auch der Sicherheitskräfte und damit zu ei-

⁵⁹ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 5, 19, 20–21. Es gibt Hinweise, dass die Bevölkerung in den westlichen Regionen zusehends auf Justizmechanismen regierungsfeindlicher Gruppierungen zurückgreift.

⁶⁰ ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 7.

⁶¹ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 5.

⁶² Süddeutsche Zeitung, Sicherheitskräfte melden Ende der Angriffsserie in Kabul, 16. April 2012; Amnesty International, Fleeing War, 2012, S. 19; ANSO, ANSO Report 1.–15. Juni 2012, S. 1: [www.ngosafety.org/store/files/The%20ANSO%20Report%20\(1-15%20June%202012\).pdf](http://www.ngosafety.org/store/files/The%20ANSO%20Report%20(1-15%20June%202012).pdf).

⁶³ ICG, Talking about talks, 26. März 2012, S. 10–16.

⁶⁴ CSS ETH Zürich, Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung, März 2012: www.css.ethz.ch/publications/DetailansichtPubDB?rec_id=2024; Thomas Kunze und Lina Gronau, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Zentralasien nach dem Truppenabzug aus Afghanistan, 27. Juni 2012: www.kas.de/zentralasien/de/publications/31450/.

nem blutigen Bürgerkrieg führen, was sich auf die gesamte Region destabilisierend auswirken würde.⁶⁵

4 Verfassung und Justizsystem

Trotz enormen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft für den Wiederaufbau der afghanischen Institutionen sind diese weiterhin inkompetent. Sowohl die Polizei als auch die Gerichte gelten als korrupteste Institutionen des Landes. Funktionierende Gerichte, Polizeikräfte und Gefängnisse sind landesweit rar. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist das Justizsystem schwach ausgebildet, was dazu führt, dass sich die ländliche Bevölkerung sowohl in zivilen als auch in kriminellen Angelegenheiten an traditionelle Schlichtungsmechanismen wendet. Der Justizsektor ist nach wie vor unterfinanziert und personell unterbesetzt. Richter sind ungenügend ausgebildet und basieren ihre Urteile oft auf einem persönlichen Verständnis von Shari'a, kodifiziertem Recht und lokalen Traditionen. Ihre Unabhängigkeit ist durch Korruption und Einschüchterungen seitens lokaler Machthaber, Familienangehörigen oder staatlichen Beamten stark einschränkt. In den meisten Fällen werden nach wie vor Geständnisse als Haupt-«Beweisstücke» vorgelegt. Richter lassen diese in der Regel selbst dann zu, wenn die Verteidigung sich darauf beruft, dass ein Geständnis erzwungen wurde.⁶⁶

Gemäss Angaben des *US Department of State* kommt es weiterhin im ganzen Land zu willkürlichen Festnahmen und unverhältnismässig langen Haftzeiten. Inhaftierte werden oft nicht über die Haftgründe informiert, und der Zugang zu einer Rechtsvertretung sowie zu Familienangehörigen ist nicht garantiert.⁶⁷ Frauen werden aufgrund «moralischer Vergehen» selbst dann verurteilt, wenn sie Opfer eines Verbrechens waren (zum Beispiel Verurteilung wegen ausserehelichem Sex bei Vergewaltigung). Dasselbe trifft auch auf Fälle zu, in denen Kinder zu Gewaltopfern wurden. Paradoxerweise verfolgt die Justiz solche «Verbrechen» auf kleinste Hinweise hin rigoros, während schwerste Verstösse gegen Menschenrechte nicht verfolgt werden.⁶⁸

Eine von *UNAMA* im Oktober 2011 veröffentlichte Untersuchung stellte in fünf Haftanstalten des *National Directorate of Security (NDS)* – Herat, Kandahar, Khost, Laghman, Kabul – systematische Folter fest. In zwei weiteren Haftanstalten des *NDS* – Kapisa, Takhar – ist die Anwendung von Folter sehr wahrscheinlich, und für

⁶⁵ Barbara J. Stapleton, *Beating a Retreat*, Mai 2012; ICG, *Talking about talks*, 26. März 2012, S. i–ii; OCHA, 15. Dezember 2011, S. 2.

⁶⁶ US Department of State (USDOS), 2011 Country Report on Human Rights Practices: Afghanistan, 24. Mai 2012, S. 11–12: www.state.gov/documents/organization/186669.pdf; Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 11–14; UNAMA, *Treatment of Conflict-Related Detainees in Afghan Custody*, Oktober 2012, S. 2–4, 6–7: http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/Documents/October10_%202011_UNAMA_Detention_Full-Report_ENG.pdf.

⁶⁷ Amnesty International, *Annual Report 2012*, 24. Mai 2012; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 6–11; UNAMA, *Treatment of Conflict-Related Detainees in Afghan Custody*, Oktober 2011, S. 2–4, 6–8. Gemäss UNAMA wurden 93 Prozent der Befragten in NDS-Einrichtungen länger als die erlaubten 72 Stunden festgehalten – im Durchschnitt betrug die Zeit 20 Tage.

⁶⁸ Human Rights Watch, «I Had To Run Away» – The Imprisonment of Women and Girls for «Moral Crimes» in Afghanistan, März 2012, S. 2–3: www.hrw.org/sites/default/files/reports/afghanistan0312webwcover_0.pdf; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 11; Amnesty International, *Annual Report 2012*, 24. Mai 2012.

17 weitere liegen Hinweise vor. Mehr als ein Drittel der von der ANP festgehaltenen Personen, darunter auch Kinder, erlitten eine Behandlung, welche Folter gleichkommt. Der Bericht zeigt zudem auf, dass Angehörige des NDS sowie der ANP für begangene Misshandlungen und Folter kaum zur Rechenschaft gezogen werden. Gemäss *UNAMA* ist die Verantwortlichkeit der NDS- und ANP-Beamten äusserst schwach, nicht transparent und wird meist nicht durchgesetzt. Im September 2011 setzte die *ISAF* daher den Transfer Gefangener an gewisse Einrichtungen des NDS und der ANP aus.⁶⁹ Aufgrund der Untersuchung wurde die Kontrolle der Gefängnisse des Landes im Januar 2012 vom Justiz- auf das Innenministerium übertragen. Dieser Schritt wurde von Menschenrechtsorganisationen kritisiert.⁷⁰

Sippenhaft. Nach wie vor inhaftieren Behörden Angehörige von Personen, die eines Vergehens verdächtigt werden.⁷¹

Taliban-Justiz. Die Rechtsprechung der Taliban ist äusserst brachial, der staatlichen Justiz aber in zahlreicher Hinsicht überlegen. Sie gilt als schnell, relativ unabhängig, und die gefällten Urteile werden auch durchgesetzt. Im Gegensatz zur Regierung, deren Verfahren langatmig sind und die vor allem in abgelegeneren Gebieten nicht in der Lage ist, ihre Urteile umzusetzen. Die Taliban haben in den meisten Distrikten einen Richter eingesetzt.⁷² In von Taliban kontrollierten Gebieten kommt es zu zahlreichen extralegalen Hinrichtungen, Amputationen und weiteren Menschenrechtsverletzungen. Die Bewohner verfügen praktisch über keine zivilen Freiheiten.⁷³

Todesstrafe. Gemäss *Amnesty International* wurden in Afghanistan 2011 zwei Menschen hingerichtet. Mehr als 140 Personen sind zum Tode verurteilt; mindestens 100 der Urteile wurden vom Obersten Gerichtshof bestätigt.⁷⁴

Haftbedingungen. Die Haftbedingungen liegen weit unter dem internationalen Standard. Gemäss *Human Rights Watch* sind die meisten Gefängnisse massiv überfüllt, da die Zahl der Insassen ständig ansteigt. Sanitäre Einrichtungen, Nahrungsmittel, Trinkwasser und Decken sind unzureichend. Ansteckende Krankheiten sind verbreitet. Gemäss *UNAMA* sowie *Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC)* wird in zahlreichen Gefängnissen des Landes routinemässig Folter ange-

⁶⁹ UNAMA, *Treatment of Conflict-Related Detainees*, Oktober 2011, S. 2–4, 21, 16–38, 40–43, 49. Angewandte Methoden umfassten Aufhängen, Schläge, Elektroschocks, Entfernen von Zehennägeln, Androhung sexueller Gewalt und anderes.

⁷⁰ Der Standard, *Polizei übernimmt Gefängnisse, Menschenrechtler besorgt*, 10. Januar 2012: <http://derstandard.at/1325486092150/Polizei-uebernimmt-Gefaengnisse-Menschenrechtler-besorgt>.

⁷¹ USDOS, *2011 Human Rights Practices*, 24. Mai 2012, S. 14; Landinfo, *Afghanistan: Human Rights and Security Situation*, 9. September 2011, S. 9: www.landinfo.no/asset/1745/1/1745_1.pdf.

⁷² Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 60; Giustozzi/Reuter, April 2011, S. 2, 11, 15, 18–19. Gemäss Giustozzi und Ibrahimi übergeben Richter einen Fall, den sie nicht selber übernehmen können, einem Mullah, dem sie vertrauen, und garantieren anschliessend die Umsetzung des Urteils. Auf der höheren Ebene setzen die Taliban für jede Region eine richterliche Kommission ein (zum Beispiel Nordwest), welche mit relativ prominenten Mullahs und Ulemas besetzt wird und als eine Art Oberstes Gericht funktioniert. Diese bildet die letzte richterliche Instanz. Thomas Ruttig, *Elastisch und stabil*, 2011, S. 45–50.

⁷³ UNAMA, *Afghanistan Mid-year Report*, Juli 2012, S. 4; Landinfo, 9. September 2011, S. 12, 18.

⁷⁴ Amnesty International, *Amnesty Report 2011*, 2011.

wandt. Kinder unter sieben Jahren müssen oft mit ihren verurteilten Müttern zusammen im Gefängnis leben.⁷⁵

Bagram. Gemäss Angaben von *Amnesty International* halten die US-Streitkräfte in ihrer Haftanstalt Parwan/Bagram zirka 3100 Gefangene fest. Darunter befinden sich zahlreiche mutmassliche Kämpfer regierungsfeindlicher Gruppierungen. Diese werden unbefristet in sogenannte «Sicherheitshaft» genommen. Einige von ihnen werden bereits seit mehreren Jahren festgehalten. Im Rahmen der Verhandlungen über eine strategische Partnerschaft haben die USA zugestimmt, das umstrittene Gefängnis innerhalb von sechs Monaten den afghanischen Behörden zu übergeben.⁷⁶

5 Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile

Zu den durch staatliche, nicht-staatliche und internationale Akteure auch 2012 speziell gefährdeten Menschen zählen folgende Personengruppen:

Frauen. Auch zehn Jahre nach dem Ende der Taliban-Herrschaft sind Vergehen gegen Frauen und Mädchen in Afghanistan weit verbreitet und die Möglichkeiten, gegen diese anzukämpfen, äusserst limitiert oder nicht existent. *Human Rights Watch* stellte im Rahmen einer Untersuchung fest, dass bei den afghanischen Behörden der Wille zur Umsetzung des Gesetzes zur Eliminierung der Gewalt gegen Frauen nicht vorhanden ist. Die Untersuchung zeigte zudem auf, dass sich die Einstellung der Polizisten, Staatsanwälte und Richter auf die Rechte der Frauen äusserst nachteilig auswirkt: Anstatt Frauen und Mädchen als Opfer zu schützen, werden diese oft als Verbrecherinnen verurteilt. Gemäss *Human Rights Watch* befanden sich im Januar 2012 etwa 400 Mädchen und Frauen wegen «moralischer Verbrechen» im Gefängnis. Die im Rahmen der Untersuchung zugänglich gemachten Urteile zeigten zudem eine teilweise höchst sexistische Einstellung der Richter und ein Mangel an Professionalität auf. Im März 2012 unterstützte Präsident Karzai die Stellungnahme der «Ulema Shura» (ein von der Regierung finanziell unterstützter Rat religiöser Führungspersönlichkeiten), in welcher diese festhielt, dass Frauen weniger wichtig seien als Männer, nicht ohne männliche Begleitung reisen und in der Öffentlichkeit nicht mit Männern zusammen sein oder mit Männern zusammenarbeiten oder studieren sollen. Die Stellungnahme hielt auch fest, dass Gewalt gegen Frauen in einzelnen Fällen angemessen sei.⁷⁷

⁷⁵ Human Rights Watch, World Report 2011, 22. Januar 2012, S. 3: www.ecoi.net/local_link/208866/328900_de.html; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 4–6; Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012.

⁷⁶ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; Die Zeit, Einigung im Streit um US-Militärgefängnis Bagram, 9. März 2012: www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/usa-militaergefaengnis-bagram. Vorfälle wie der spektakuläre Gefängnisausbruch in Kandahar vom April 2011, bei dem zahlreiche, auch hochrangige Taliban freikamen, lassen Experten bezweifeln, dass die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage sein werden, das Gefängnis zu führen.

⁷⁷ Human Rights Watch, «I Had To Run Away», September 2011, S. 3, 6–7, 27, 78–80, 86–87; Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 8, 33–34.

Gemäss *AIHRC* haben Gewalttaten an Frauen 2011 zugenommen.⁷⁸ Das afghanische Frauenministerium hat allein vom 22. März bis 31. Dezember 2011 3742 Fälle von Gewalt gegen Frauen registriert. Frauen und Mädchen werden diskriminiert und Opfer zahlreicher Menschenrechtsverletzungen. Häusliche Gewalt, Zwangsehen, Frauenhandel sowie der Austausch von Frauen zur Schlichtung von Streitigkeiten sind verbreitet. 56 Prozent aller Ehen werden mit Mädchen unter 16 Jahren geschlossen. Bei einer Umfrage von *Human Rights Watch* gaben rund 87 Prozent der Frauen an, sexuelle, physische oder psychische Gewalt erfahren zu haben. Afghanische Frauen und Mädchen leiden zudem unter einer der weltweit höchsten Analphabetinnen- und Armutsrate, einem teilweise stark eingeschränkten Zugang zu Justiz-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Hürden im Arbeitsleben und weisen eine der weltweit niedrigsten Lebenserwartungen auf. Frauen und Mädchen, die ins öffentliche Leben getreten sind oder sich für die Rechte der Frauen engagieren, werden bedroht, schikaniert, physisch angegriffen oder gar umgebracht.⁷⁹ 2012 existieren in ganz Afghanistan lediglich 14 Frauenhäuser. Einige der Frauenhäuser sind mit chronischer Bedrohung konfrontiert.⁸⁰

Kinder. In Afghanistan stirbt noch immer jedes fünfte Kind, bevor es das fünfte Lebensjahr erreicht. Täglich sterben 550 Kinder an heilbaren Krankheiten wie Durchfall und Lungenentzündung. 40 Prozent der unter Fünfjährigen sind untergewichtig, und 16,7 Prozent sind akut unterernährt. Als eines der vier einzigen Länder weltweit ist in Afghanistan Kinderlähmung noch immer verbreitet.⁸¹

Gemäss *AIHRC* ist der Menschenhandel mit Kindern 2011 angestiegen. Kinder leiden unter sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit, Gewaltanwendung, genereller Vernachlässigung sowie unter einem mangelnden Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. 85 Prozent der Minenopfer sind unter 18 Jahre alt. Knaben werden häufig Opfer des sogenannten «bache bazi» (Knaben, die von mächtigen Männern quasi als Sklaven gehalten werden), welches insbesondere im Norden des Landes relativ verbreitet ist. Dieses wird von der afghanischen Regierung stillschweigend geduldet, da die Täter nicht selten über mächtige Milizen oder gute Kontakte zu den afghanischen Sicherheitskräften verfügen.⁸² *UNAMA* registrierte 2011 212 Fälle von Kinderrekrutierung seitens der ANP, der ALP und regierungsfeindlichen Gruppierungen. Bekannt sind Berichte aus den Provinzen Helmand, Kandahar, Nimruz, Uruzgan und Zabul. 2011 wurden Kinder in steigender Zahl als Selbstmordattentäter eingesetzt. Die Taliban rekrutieren Kinder ab sechs Jahren und bilden diese meist in Pakistan als Selbstmordattentäter aus.⁸³

⁷⁸ AIHRC, Annual Report 2010/2011 (1389), 2011, S. 68: www.aihrc.org.af/media/files/Reports/Annual%20Reports/inside.pdf. AIHRC registrierte 2011 2765 Fälle von Gewalt gegen Frauen.

⁷⁹ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; Human Rights Watch, «I Had To Run Away», September 2011, S. 3–4, 27, 30, 39.

⁸⁰ Human Rights Watch, «I Had To Run Away», September 2011, S. 91–93.

⁸¹ Save the Children, 2011, S. 4–6; OCHA, Consolidated Appeal for Afghanistan Mid-Year Review 2011, 20. Juli 2011: <http://unocha.org/cap/appeals/mid-year-review-consolidated-appeal-afghanistan-2011>.

⁸² IDMC, Durable solutions, 16. April 2012, S. 6; Save the Children, 2011, S. 8–9; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 41–42, 45–46; AIHRC, Annual Report 2010/2011 (1389), 2011, S. 3, 71; Human Rights Watch, «Just Don't Call It a Militia», September 2011, S. 41–42.

⁸³ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 38–39; Amnesty International, Fleeing War, 2012, S. 20, 22; NZZ, Afghanische Polizei befreit Kinder aus der Gewalt der Taliban, 20. Februar 2012: www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/afghanistan_taliban_kinder_1.15183580.html.

Mitarbeitende von nationalen und internationalen Organisationen. ANSO verzeichnete 2011 163 Anschläge auf NGO-Mitarbeitende, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 20 Prozent gleichkommt. Lokale Mitarbeitende waren 2011 wesentlich stärker betroffen als internationale. Minenräumungsprogramme standen speziell im Fokus. 2012 gingen die Anschläge auf NGO-Mitarbeitende zurück (-40 Prozent).⁸⁴

JournalistInnen. Journalisten wurden entführt, geschlagen oder durch politisch motivierte Anschläge seitens der Regierungstruppen oder Angehörigen regierungsfeindlicher Gruppierungen umgebracht. 2011 wurden 80 JournalistInnen angegriffen und drei getötet. JournalistInnen wurden von allen Seiten an der Berichterstattung gehindert, seitens Regierung vor allem dann, wenn es um nationale Sicherheitsinteressen oder Blasphemie ging. Gemäss *Amnesty International* scheiterte die afghanische Regierung darin, die Anschläge gegen JournalistInnen zu untersuchen und die Täter zu verfolgen.⁸⁵

Im Gesundheitswesen tätige Personen. ANSO stellte 2011 einen neuen Trend aggressiver Razzien in Gesundheitseinrichtungen durch nationale und internationale Sicherheitskräfte fest. Zudem haben Kriminelle ihr Augenmerk auf den Gesundheitssektor gerichtet. Angriffe regierungsfeindlicher Gruppierungen gegen Gesundheitseinrichtungen haben dagegen abgenommen.⁸⁶ Die Ermordungen von Gesundheitspersonal führen dazu, dass in ländlichen Gegenden nur wenige Ärzte praktizieren.⁸⁷

Regierungsbeamte. In ihrer Rede zur Frühjahrsoffensive Al Faruk 2012 erklärten die Taliban Regierungsbeamte, Parlamentsmitglieder sowie Angehörige des Hohen Friedensrates erneut zu ihren Zielen. Der ehemalige Präsident Afghanistans und Vorsitzender des Hohen Friedensrates, Burhanuddin Rabbani, war die höchstgestellte politische Persönlichkeit, welche regierungsfeindliche Gruppierungen 2011 ermordeten.⁸⁸

Lehrkräfte und SchülerInnen. Lehrkräfte und Lernende gehören weiterhin zu den Zielen nicht nur regierungsfeindlicher Gruppierungen, sondern allgemein der konservativen Kräfte des Landes. Gemäss Angaben des afghanischen Erziehungsministeriums kam es 2011 zu 71 direkten Angriffen auf Schulen, bei denen sechs Lehrer getötet wurden. 30 Schulen mussten geschlossen werden. 12 Schulen wurden von regierungsfreundlichen Streitkräften besetzt. Bei 24 Militäroperationen wurden Erziehungseinrichtungen beschädigt.⁸⁹ Gemäss *Amnesty International* blieben 2011 mehr als 450 Schulen, vor allem im Süden und Osten des Landes, geschlossen.⁹⁰

⁸⁴ ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 3–7; ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 1, 16; UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 19.

⁸⁵ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 18–22.

⁸⁶ ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 5; ANSO, Quarterly Data Report Q.2 2012, 1. Januar–30. Juni 2012, S. 16.

⁸⁷ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012.

⁸⁸ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 3–4, 10–21; ANSO, ANSO Report 1.–15. Mai 2012, S. 20; NZZ, Selbstmordattentäter tötet afghanischen Gouverneur, 12. Januar 2012: www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/selbstmordattentaeter_toetet_afghanischen_gouverneur_1.14301963.html; Reuters, Politiker in Afghanistan entgeht Anschlag unverseht, 15. Juli 2012: <http://de.reuters.com/article/idDEBEE86E0020120715>.

⁸⁹ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 38–39.

⁹⁰ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012.

Gemäss Analyse von Antonio Giustozzi und Claudio Franco stiessen die Taliban mit ihrer Einschüchterungs- und Ermordungskampagne bei der afghanischen Bevölkerung auf wenig Verständnis und sahen sich gezwungen, ihre Bildungspolitik zu überdenken. Spätestens seit 2009/2010 sollen Angehörige der Taliban im Norden des Landes mit lokalen Regierungen über Lehrbücher und unterrichtete Fächer verhandelt haben. Bereits 2011 sollen einige Schulen, darunter auch Mädchenschulen, wieder geöffnet haben.⁹¹ Dennoch kommt es nach wie vor zu Anschlägen auf Schulen, was wohl auf Probleme bei der Kontrolle der Kommandierenden zurückzuführen ist.⁹²

Gemäss ANSO haben 2011 Angriffe regierungsfeindlicher Gruppierungen auf Schulen markant abgenommen.⁹³ Seit April 2012 kam es jedoch zu einer Häufung von Giftangriffen auf Mädchenschulen, die im Norden des Landes begannen, sich aber rasch auf andere Provinzen ausbreiteten. Die Taliban haben die Verantwortung für diese Angriffe stets bestritten. Trotz zahlreichen Untersuchungen der ISAF und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) konnte bei keinem der inzwischen über 1700 betroffenen Mädchen Spuren giftiger Substanzen gefunden werden. Da zudem keines der Mädchen typische Symptome für Vergiftungen zeigte, geht die WHO von einer Massenhysterie aus.⁹⁴

Personen der Polizei- und Sicherheitskräfte. Die Taliban erklärten Angehörige der Polizei-, Sicherheits- und Geheimdienstkräfte in ihrer Rede zur Frühjahrsoffensive Al Faruk 2012 erneut zu ihren Hauptzielen. Da die afghanischen Sicherheitskräfte inzwischen von regierungsfeindlichen Gruppierungen stark unterwandert sind, sehen sie sich vermehrt aus den eigenen Reihen bedroht.⁹⁵ Zudem gibt es Belege dafür, dass auch Familienangehörige von Sicherheitskräften bedroht werden.⁹⁶

Angehörige ethnischer Minderheiten. Insbesondere Angehörige der Hazara sehen sich mit Diskriminierungen im Alltag konfrontiert. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen vor allem Konflikte um Land-, Wasser- und Weiderechte zwischen Hazara und Kuchis. In den afghanischen Sicherheitskräften sowie den verschiedenen Milizen nehmen ethnische Spannungen zu. Da die Taliban nach einer landesweiten Akzeptanz streben, vermeiden sie Konflikte mit ethnischen Minderheiten bewusst.⁹⁷

⁹¹ Antonio Giustozzi und Claudio Franco, Afghanistan Analysts Network (AAN), The Battle for the Schools, Dezember 2011, S. 3–9, 13: <http://aan-afghanistan.com/uploads/2011TalebanEducation.pdf>; Landinfo, 9. September 2011, S. 8. Im neuen Lehrplan sollen zum Beispiel religiöse Fächer wieder stärker gewichtet und Schulbücher aus der Zeit des Islamischen Emirats (Talibanherrschaft von 1994–2001) verwendet werden. In den Gebieten, die unter ihrer Kontrolle stehen, sollen die Taliban auch die staatlichen Schulen kontrollieren. Der Gesinnungswandel der Taliban sei auch auf die Idee zurückzuführen, der Bevölkerung Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Siehe auch: UNAMA, Mid-year Report, Juli 2012, S. 31–34.

⁹² Giustozzi/Franco, Dezember 2011, S. 2, 12, 23–25, 27.

⁹³ ANSO, Quarterly Data Report 1. Januar–31. Dezember 2011, S. 5.

⁹⁴ UNAMA, UNAMA condemns recent attacks against schools in Afghanistan, 12. Mai 2012: www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=41984&Cr=Afghan&Cr1=NZZ; NZZ, Das Mysterium der vergifteten Schülerinnen, 13. Juli 2012: www.nzz.ch/aktuell/international/das-mysterium-der-vergifteten-schuelerinnen-1.17351045.

⁹⁵ ANSO, ANSO Report 1.–15. Mai 2012, S. 20–21; Schweizer Fernsehen, Taliban haben afghanische Sicherheitskräfte unterwandert, 17. August 2012; Landinfo, 9. September 2011, S. 18.

⁹⁶ Landinfo, 9. September 2011, S. 12.

⁹⁷ US Department of State (USDOS), 2011 International Religious Freedom Report – Afghanistan, 30. Juli 2012: www.ecoi.net/local_link/223376/330890_en.html; USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 43–44; Landinfo, 9. September 2011, S. 6, 10–11; Amin Azimi, Die virtuelle

Gemässigte Geistliche und Stammesführer. Landesweit sind zahlreiche regierungsfreundliche Geistliche sowie Stammesführer und -älteste Anschlägen regierungsfeindlicher Gruppierungen zum Opfer gefallen.⁹⁸

Teilnehmer des Afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms. Personen, die an diesem Programm teilnehmen, gehören zu den Zielscheiben regierungsfeindlicher Gruppierungen.⁹⁹

Angehörige der schiitischen Minderheit. Am 6. Dezember 2011 kamen bei zwei praktisch zeitgleichen Anschlägen auf schiitische Muslime in Kabul und Mazar-e Sharif 71 Menschen ums Leben. Die bewaffnete pakistanische Bewegung Lashkar-e Jhangvi übernahm die Verantwortung für die Anschläge. Es handelte sich dabei um die ersten religiös motivierten Anschläge dieser Art in Afghanistan.¹⁰⁰

KonvertitInnen. Konversion wird als Apostasie betrachtet und mit dem Tode bestraft. Gemäss Weltverfolgungsindex 2012 werden in Afghanistan Christen weltweit am zweitstärksten verfolgt.¹⁰¹

Hindus, Sikhs und Angehörige der Baha'i. Hindus, Sikhs sowie Angehörige der Baha'i sehen sich in Afghanistan weiterhin mit Diskriminierung, Einschüchterung und teilweise gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Religiöse Minderheiten erhalten von der afghanischen Regierung keinen Schutz. Hindus und Sikhs verfügen nach wie vor über kein Land für ihre Verbrennungsrituale.¹⁰²

Homosexuelle. Homosexualität wird in Afghanistan mit dem Tode bestraft. Homosexuelle und Transsexuelle müssen mit Verfolgung durch die eigene Familie, Gemeindemitglieder und regierungsfeindliche Gruppierungen rechnen.¹⁰³

Blutrache. Personen können aufgrund ihrer Familienzugehörigkeit oder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe in eine Blutrache involviert oder Zielgruppe einer Blutrache sein. Eine Lösung des Konflikts durch die Justiz wird meist von den betroffenen Personen nicht anerkannt.¹⁰⁴ AIHRC dokumentierte von Januar bis September 2011 27 «Ehrenmorde».¹⁰⁵

Ehemalige Angehörige der Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA)/ Regierung. Ehemals hochrangige DVPA-Mitglieder, die früher Menschenrechts-

Propaganda der Taliban, in: Conrad Schetter/Jörgen Klusmann (Hrsg.), Der Taliban-Komplex, 2011, S. 116–118.

⁹⁸ Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012; Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 51–52; UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. Vi, 4, 17, 19–20; UNAMA, Mid-year Report, Juli 2012, S. 17.

⁹⁹ UNAMA, Annual Report 2011, Februar 2012, S. 19.

¹⁰⁰ Reuters, Karsai: 80 Tote bei Anschlägen auf Pilger in Afghanistan, 11. Dezember 2011: <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE7BA01B20111211>; Amnesty International, Annual Report 2012, 24. Mai 2012.

¹⁰¹ Focus, Christenverfolgung in Nordkorea am schlimmsten, 4. Januar 2012: www.focus.de/politik/ausland/religion-christenverfolgung-in-nordkorea-am-schlimmsten_aid_699187.html; USDOS, 2011 Religious Freedom Report, 30. Juli 2012.

¹⁰² USDOS, 2011 Religious Freedom Report, 30. Juli 2012.

¹⁰³ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 19, 28–29; Auswärtiges Amt, Afghanistan: Reisewarnung, 4. Mai 2012, S. 2: www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/AfghanistanSicherheit.html.

¹⁰⁴ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 32–33.

¹⁰⁵ USDOS, 2011 Human Rights Practices, 24. Mai 2012, S. 37.

verbrechen begangen haben, müssen mit Verfolgung seitens betroffener Opfer rechnen.¹⁰⁶

6 Sozioökonomische und medizinische Lage

Gemäss *Human Development Index 2011* der UNO leben in Afghanistan rund 36 Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Afghanistan gehört damit noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt. Ein breiter Teil der Bevölkerung gilt zudem als äusserst verletzlich, da bereits ein relativ kleines Ereignis die Betroffenen in bittere Armut stürzen kann.¹⁰⁷ Die Abhängigkeit des Landes von der Landwirtschaft, die fehlende Infrastruktur zur Wasserspeicherung sowie die fortschreitende Denudation des Bodens machen Afghanistan zudem äusserst anfällig für die Auswirkungen von Fluten und Dürren.¹⁰⁸ Die anhaltende Unsicherheit, die chronische Armut sowie die zahlreichen Naturkatastrophen treffen die afghanische Bevölkerung schwer.¹⁰⁹

Zugang zu Arbeit. Die Arbeitslosenrate in Afghanistan beträgt geschätzte 36–40 Prozent. Der Grad der Unterbeschäftigung ist äusserst hoch – in ländlichen Gebieten gelten bis zu 53 Prozent als unterbeschäftigt. Frauen haben aufgrund ihrer meist wesentlich schlechteren Bildung, der extremen Geschlechtertrennung sowie der vorherrschenden kulturellen und religiösen Wertvorstellungen geringere Möglichkeiten, sich am Arbeitsmarkt zu beteiligen. Etwa 18 Prozent der Kinder zwischen 6 und 15 Jahren gehen einer Arbeit nach.¹¹⁰ Hilfsorganisationen schätzen, dass allein in Kabul etwa 60'000 Strassenkinder versuchen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder gar für eine ganze Familie zu sorgen.¹¹¹ Gemäss Angaben der afghanischen Handelskammer beschäftigen Nato und ISAF zurzeit etwa 150'000 AfghanInnen. Der Abzug wird für viele Familien schwerwiegende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen.¹¹²

Zugang zu Unterkünften. Die Wohnraumknappheit, vor allem auch in Kabul, gehört zu den gravierendsten sozialen Probleme in Afghanistan. Die durch die Landflucht

¹⁰⁶ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 42–43.

¹⁰⁷ UNDP, Human Development Report 2011, 2011, S. 126, 144: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Complete.pdf; OCHA, 15. Dezember 2011, S. 6; Weltbank/Ministry of Economy, Poverty Status in Afghanistan, Juli 2010, S. 10: <http://siteresources.worldbank.org/AFGHANISTANEXTN/Resources/305984-1264608805475/6739619-1286210806756/AFPovertyReport.pdf>.

¹⁰⁸ Center for Policy & Human Development, Human Development Report Afghanistan 2011 – The forgotten front: water security and the crisis in sanitation, S. 3, 7: www.cphd.af/nhdr/nhdr2010/AHDR11%20-%20Overview.pdf.

¹⁰⁹ Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), Afghanistan: Durable solutions far from reach amid escalating conflict, 16. April 2012, S. 3: [www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/8C9AB4F99B848AF6C12579E200315143/\\$file/afghanistan-overview-apr2012.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/8C9AB4F99B848AF6C12579E200315143/$file/afghanistan-overview-apr2012.pdf).

¹¹⁰ Weltbank/Wirtschaftsministerium, Poverty Status in Afghanistan, Juli 2010, S. 11–12; Human Rights Watch, «I Had To Run Away», September 2011, S. 29.

¹¹¹ AFP, Kabul street children struggle to survive, 22. Oktober 2011: www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jRZ9A2KHTDoyATZf6fHXvSg-3Nvg?docId=CNG.e6dda27f158b8ff038d2ac05681594b1.311.

¹¹² Die Welt, 150'000 Arbeitsplätze in Afghanistan durch Abzug der ISAF bedroht, 13. Juli 2012: www.welt.de/newsticker/news3/article108279124/150-000-Arbeitsplaetze-in-Afghanistan-durch-Abzug-der-ISAF-bedroht.html; Weltbank, Afghanistan in Transition, S. 7, 17. Mai 2012.

rasant angewachsene städtische Bevölkerung, die vielen durch den Krieg zerstörten Wohngegenden sowie internationale Organisationen, welche horrenden Mieten bezahlen können, haben die Mietpreise in Kabul stark in die Höhe getrieben. Gemäss Weltbank verfügen nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung über Elektrizität. Die Elektrizitätsversorgungsrate gehört damit zu den weltweit tiefsten.¹¹³

Zugang zu Trinkwasser und Lebensmittel. Rund 70 Prozent der Bevölkerung sind von Lebensmittelknappheit betroffen, lediglich 27 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu Trinkwasser und nur gerade 5 Prozent zu adäquaten sanitären Einrichtungen. Der fehlende Zugang zu Trinkwasser beziehungsweise die fehlenden sanitären Einrichtungen sind die Hauptursache, dass 23 Prozent der Kinder vor dem 5. Lebensjahr sterben. Gemäss *Center for Policy & Human Development* wird Afghanistan das Millenniumsziel, den Anteil der Bevölkerung mit mangelhaftem Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen bis 2020 zu halbieren, erst mit geschätzten 22 Jahren Verspätung erreichen.¹¹⁴

Zugang zu Bildung. Gemäss Bildungsminister Faruk Wardak gehen geschätzte 4,2 Millionen Kinder nicht zur Schule, was 38 Prozent der schulpflichtigen Kinder entspricht. Etwa 66 Prozent der Knaben und zirka 40 Prozent der Mädchen besuchen die Primar-, jedoch nur noch 18 Prozent der Knaben und 6 Prozent der Mädchen die Sekundarschule. Es besteht ein Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal, und die Qualität der Bildung und Lehrmaterialien sind nach wie vor schlecht. Eine Untersuchung von *Save the Children* ergab, dass nur 43 Prozent der SchülerInnen der dritten Klasse verstanden, was sie lasen. Ausserdem sind die Bildungseinrichtungen landesweit höchst ungleich verteilt: Insbesondere im Süden des Landes wurden staatliche Schulen von regierungsfeindlichen und konservativen Kräften verdrängt. Auch den staatlichen Hochschulen fehlt es an Platz, qualifizierten Dozenten, Unterrichtsmaterialien und Wohnheimen.¹¹⁵

Zugang zu medizinischer Versorgung. Gemäss Angaben des deutschen *Auswärtigen Amtes* besteht in weiten Teilen des Landes keine ausreichende medizinische Versorgung.¹¹⁶ Weite Teile der afghanischen Bevölkerung haben kaum Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, und das Gesundheitspersonal ist oft nicht in der Lage, Gebiete zu erreichen, in denen dringendst medizinische Versorgung gebraucht würde. Ein Indiz für die schlechte medizinische Versorgung ist auch die niedrige Lebenserwartung der afghanischen Bevölkerung, die seit 2001 trotz der niedrigen Ausgangslage nur geringfügig angestiegen ist. Die Müttersterblichkeit gehört mit 1400 Todesfällen pro 100'000 Lebendgeburten noch immer zu einer der weltweit höchsten.¹¹⁷

¹¹³ Weltbank, Country Overview 2012, Mai 2012; Radio Free Europe/Radio Liberty, Kabul Housing Shortage Leaves The Middle Class Behind, 31. Januar 2011: www.rferl.org/content/kabul_housing_shortage_leaves_the_middle_class_behind/2293119.html.

¹¹⁴ OCHA, 20. Juli 2011; Weltbank, Country Overview 2012, Mai 2012; Center for Policy & Human Development, S. 10–11, 13.

¹¹⁵ OCHA, 15. Dezember 2011, S. 3–4, 7; Stern, Afghanistan braucht Milliardenhilfe für Schulen, 1. April 2012: www.stern.de/panorama/afghanistan-braucht-milliardenhilfe-fuer-schulen-1807943.html; Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 27; Save the Children, 2011, S. 7; Dradio, Studieren im Zweischichtsystem, 14. April 2012: www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1730201/.

¹¹⁶ Auswärtiges Amt, Reisewarnung, 4. Mai 2012, S. 2–5.

¹¹⁷ ICRC, Afghanistan: insufficient access to health care exacerbates humanitarian crisis, 25. Juli 2012: www.icrc.org/eng/resources/documents/update/2012/afghanistan-update-news-2012-07-25.htm; Giustozzi/Ibrahimi, Januar 2012, S. 27–28; Save the Children, 2011, S. 6; UNDP, Human Development Report 2011, 2011, S. 141; AIHRC, Annual Report 2010/2011 (1389), 2011,

Land. Landstreitigkeiten gehen oft auf die Mehrfachausstellung von Besitzurkunden für dieselbe Landparzelle aus. Zudem wurden Grundstücke oft illegal beschlagnahmt, Besitzer enteignet, Grundstücke privat anderen Personen übertragen oder ausgetauscht. Gemäss IDMC bieten diesbezüglich weder das formale Justizsystem noch traditionelle Konfliktmechanismen ausreichend Hilfe. Selbst der Landzuweisungplan von 2005 vermochte das Problem nicht zu lösen.¹¹⁸

7 Rückkehr

Freiwillige Rückkehr. Aufgrund der schlechten Wirtschafts- und Sicherheitslage ist die Zahl der freiwilligen RückkehrerInnen 2011 im Vergleich zum Vorjahr drastisch zurückgegangen (-40 Prozent). Das UNHCR unterstützte 2011 67'943 Flüchtlinge bei der Rückkehr nach Afghanistan. Weltweit stellten 2011 rund 30'000 AfghanInnen ein Asylgesuch. Allein in Pakistan und Iran leben noch zirka 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge.¹¹⁹

Situation der Rückkehrenden. Über 40 Prozent der Rückkehrenden konnten sich in ihren Heimatorten nicht integrieren, und zahlreiche Flüchtlinge waren nach ihrer Rückkehr auf Unterstützung angewiesen. Für Rückkehrende ist es oft unmöglich, ihr Land zurückzufordern und zudem schwierig, ohne soziales und wirtschaftliches Netzwerk eine Arbeitsstelle zu finden. Alleinstehende Frauen wurden von UNHCR zu Frauenhäusern gebracht, bis deren Familienangehörige für ihre Sicherheit garantierten.¹²⁰ Landminen und nicht explodierte Sprengsätze stellen bei der Besiedlung unbekannter Landstriche sowie beim Zugang zu Wohnräumen, Kulturland, Wasser oder Weideland eine Bedrohung dar. Die meisten Minenopfer sind IDPs und Rückkehrende.¹²¹

Innerstaatliche Fluchtalternative. Gemäss UNHCR besteht aufgrund der weitverbreiteten Tätigkeitsfelder regierungsfeindlicher Gruppierungen für von diesen Gruppierungen verfolgte Personen keine interne Fluchtalternative. Zudem unterhalten zahlreiche mächtige nicht-staatliche Akteure wie kriminelle Netzwerke, lokale Kommandierende von Milizen sowie Angehörige der Taliban oder Hezb-e-Islami Kontakte zu Beamten lokaler Regierungen oder der Zentralregierung, was dazu führt, dass diese de facto straffrei handeln können und ihre Macht auch über ihr eigentliches Einflussgebiet hinausreicht. Die Familien- und Gemeindestruktur bildet in Afghanistan auch heute noch das wichtigste Netz für Sicherheit und das ökonomische Überleben. Ohne dieses ist ein Überleben kaum möglich.¹²² Die Taliban sind inzwischen in der Lage, Personen praktisch überall ausfindig zu machen.¹²³

S. 70. Gemäss *Save the Children* haben lediglich 52 Prozent der ländlichen Bevölkerung die Möglichkeit, innerhalb einer Stunde zu Fuss eine Gesundheitseinrichtung zu erreichen.

¹¹⁸ IDMC, *Durable solutions*, 16. April 2012, S. 6; Amnesty International, *Fleeing War*, 2012, S. 69.

¹¹⁹ Amnesty International, *Annual Report 2012*, 24. Mai 2012; USDOS, *2011 Human Rights Practices*, 24. Mai 2012, S. 25; Amnesty International, *Fleeing War*, 2012, S. 27.

¹²⁰ UNHCR, *Global Appeal 2012–2013 – Afghanistan*, S. 171: www.unhcr.org/4ec23103b.html; USDOS, *2011 Human Rights Practices*, 24. Mai 2012, S. 24–25; Amnesty International, *Fleeing War*, 2012, S. 27.

¹²¹ IDMC, *Durable solutions*, 16. April 2012, S. 5.

¹²² UNHCR, *Eligibility Guidelines*, 17. Dezember 2010, S. 38–40.

¹²³ Landinfo, 9. September 2011, S. 14.

Situation der intern Vertriebenen (IDPs). Seit 2007 ist die Zahl der jährlich neu Vertriebenen in Afghanistan stetig angestiegen. Allein 2011 wurden als Folge der gewaltsamen Auseinandersetzungen, lokaler Konflikte, Armut sowie Naturkatastrophen 185'632 AfghanInnen intern vertrieben, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 45 Prozent entspricht und zu einem Bestand von über 500'000 IDPs führte.¹²⁴ Etwa 60 Prozent der IDPs leben in Zelten oder vorübergehend zurechtgemachten Hütten. Allein in Kabul leben über 30'000 Personen in etwa 40 informellen Siedlungen. Sie sind nicht nur praktisch schutzlos Menschenrechtsverletzungen und erneuter Vertreibung ausgesetzt, sondern haben oft kaum Zugang zu Trinkwasser, leiden an Lebensmittelknappheit oder -unsicherheit, Arbeitslosigkeit und verfügen kaum über sanitäre Einrichtungen und Elektrizität. Gesundheitseinrichtungen sind oft weit entfernt. Männliche IDPs sind zudem dem Risiko einer Zwangsrekrutierung ausgesetzt. Gemäss *Internal Displacement Monitoring Centre* gehören intern Vertriebene daher zu den verletzlichsten Personengruppen der afghanischen Gesellschaft. Die afghanische Regierung hat darin versagt, die intern vertriebene Bevölkerung zu schützen und für menschliche Lebensbedingungen zu sorgen. Sie spielt die schwierige Lage herunter, spricht von «kurzfristigen» Vertreibungen und verbietet Hilfswerken Projekte, welche permanenten Charakter aufweisen, wie zum Beispiel den Bau von Brunnen.¹²⁵

Aufnahmekapazität. Das UNHCR weist darauf hin, dass Afghanistans Aufnahmekapazität limitiert ist und dass zusätzliche Anstrengungen notwendig sind, um Familien wieder integrieren zu können. Gemäss *US Department of State* bleibt die Aufnahme-fähigkeit weiterhin tief.¹²⁶

¹²⁴ IDMC, *Durable solutions*, 16. April 2012, S. 4; UNAMA, *Annual Report 2011*, Februar 2012, S. 7; Amnesty International, *Fleeing War, Finding Misery – The plight of the Internally Displaced in Afghanistan*, 2012, S. 10: www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/ngos/AI_Afghanistan_HRC105.pdf.

¹²⁵ IDMC, *Durable solutions*, 16. April 2012, S. 1, 5–6; Amnesty International, *Fleeing War*, 2012, S. 11, 31–44, 50–55, 65–68; Weltbank/UNHCR, *Research Study on IDPs in Urban Settings – Afghanistan*, Mai 2011, S. 7–8: http://siteresources.worldbank.org/EXTSOCIALDEVELOPMENT/Resources/244362-1265299949041/6766328-1265299960363/WB-UNHCR-IDP_Full-Report.pdf.

¹²⁶ UNHCR, *Voluntary returns to Afghanistan – over 60'000 this year*, 28. Oktober 2011: www.unhcr.org/4eaa8ad99.html; USDOS, *2011 Human Rights Practices*, 24. Mai 2012, S. 25.